Bauern wehren sich gegen Luzerner Reuss-Projekt

MURI Der Kanton Luzern will auf seinem Gebiet den Reusslauf sanieren. Das Vorhaben stösst bei andern Flussanrainern auf wenig Gegenliebe.

Die Reuss bei Mühlau vermag bei einem neuerlichen Hochwasser wohl nicht alles Wasser zu schlucken, das aus dem Kanton Luzern kommt.
Archivbild Christof Borner-Keller

Die Bilder sind vielen noch in schlechter Erinnerung. Bei den Starkregenfällen im August 2005 waren weite Teile des Luzerner Reusstales überschwemmt. Der Schaden war immens. Experten bezifferten ihn hinterher auf rund 345 Millionen Franken. Im Nachgang an diese Jahrhundertflut beschlossen die Reuss-Anliegerkantone Luzern, Zug, Aargau und Zürich, den Hochwasserschutz zu intensivieren. Einige Vorhaben sind dabei schon umgesetzt. Es sei hier nur an das Reusswehr in der Stadt Luzern erinnert. Jetzt packt der Kanton Luzern im Reusstal zwischen der Stadt Luzern und der Kantonsgrenze in Honau den Hochwasserschutz an. Das kürzlich vorgelegte Projekt stösst dabei vielen Landwirten sauer auf. Und das nicht nur im Kanton Luzern. Auch der Bauernverband Aargau (BVA) mit Sitz in Muri kann sich mit den jetzt bekannt gegebenen Massnahmen nicht anfreunden, die rund 167 Millionen Franken kosten sollen.

Aargauer Anliegen ausgeblendet

«Aus Sicht des Bauernverbandes ist das Luzerner Projekt finanzpolitisch motiviert und nimmt in keiner Art und Weise auf die Anliegen des Kantons Aargau sowie dessen Landwirtschaft Rücksicht», sagt Ralf Bucher. Er ist Geschäftsführer des BVA. Da würden, so Bucher weiter, Vereinbarungen mit «Füssen getreten». Im Blick hat Bucher hierbei die Mühlauer Übereinkunft.

Diese besagt, dass der Wasserabfluss in Mühlau nicht mehr als 850 Kubikmeter pro Sekunde betragen soll. Werde das Projekt, wie vom Kanton Luzern vorgeschlagen, realisiert, dann sollen dereinst in Mühlau 1150 Kubikmeter Wasser pro Sekunde durchfliessen. Bucher erinnert an die Folgen, die eine solche Wassermenge hätte. Dass es sich bei dem letzten Wert nur um eine Sicherheitsmarge handle, diese wird als sogenanntes Freibord bezeichnet, stellt Bucher nicht in Abrede. Auch er weiss, dass diese maximal angedachte Abflussmenge nur in seltenen Fällen auftreten würde, doch hält ihn dies nicht davon ab, andere Lösungsvorschläge zu machen. So macht er zum Beispiel beliebt, den Vierwaldstättersee vermehrt als Rückhaltebecken in die Hochwasserschutzplanung einzubeziehen: «Da kann man einiges herausholen.» Im Kopf hat Bucher hier ein Hilfswehr.

Aber auch in anderer Hinsicht vermag der Geschäftsführer des Bauernverbandes Aargau im jetzt präsentierten Projekt keinen Segen zu sehen: «Was noch mehr erstaunt, ist die Tatsache, dass obwohl kein echter Hochwasserschutz betrieben wird, durch die Verbreiterung des Flussbettes 28 Hektaren landwirtschaftliche Nutzfläche und Wald verloren gehen.» Weitere Grünflächen – die Rede ist von rund 27 Hektaren – werden über Jahre für Bauinstallationsplätze benötigt und können deshalb nach dem Abschluss der Hochwasserschutzvorhaben erst mit einer gewissen Verzögerung wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Den Kulturlandverlust bezeichnet der BVA insgesamt als «völlig überrissen». Denn neben den vorher genannten Flächen sollen noch weitere 37 Hektaren der Landwirtschaft entzogen werden. Und Bucher mahnt auch an, dass beim Projekt nicht bedacht wurde, dass nach dessen Realisierung mit Folgekosten zu rechnen ist. Dazu schreibt er: «Die naturnahe Gestaltung des Flussbettes führt bei mangelndem Unterhalt zu einer wilden Bestockung.» Diese könne nur verhindert werden, indem das Gebiet regelmässig gepflegt wird.

Gespräch mit Robert Küng gesucht

Letztlich kommt Bucher zum Schluss: «Auf dem Buckel der Grundeigentümer und Bewirtschafter wird ein Projekt ausgearbeitet, welches auf die Erreichung der maximalen Bundesbeiträge ausgerichtet ist.» Unter diesem Eindruck werde der BVA das Projekt bekämpfen und alles unternehmen, damit die Aargauer Bauernfamilien nicht die «Hochwasserprobleme des Kantons Luzern lösen müssen.» Die Aargauer Bauern machen aber nicht nur die Faust im Sack. Ihre Sicht der Dinge haben die Landwirte auch dem Luzerner Regierungsrat Robert Küng übermittelt. Bucher hofft auf ein offenes Ohr und verspricht: «Wir setzen uns für unsere Anliegen ein. Wir wollen nicht einfach mit dem Kopf nicken.» Der Brief sei ein Anfang. Bucher und seine Mitstreiter wollen auch andere politische Hilfsmittel nutzen, um ihr Ziel zu erreichen. Noch bleibe, so Bucher, Zeit dazu, denn das Projekt sei noch in einem frühen Planungsstadium.

MARCO MOROSOLI
marco.morosoli@zugerzeitung.ch